



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Soziales, Integration,
Wohnen, Kinder, Familie -

II. Bedarfe im Sinne der Teilhabe behinderter Menschen Punkt 1 der öffentlichen Sitzung am 29. Juni 2022

Vorlagen-Nr. 22-A-79-0010

Weiterentwicklung Wiesbaden inklusiv - Projekt „Wiesbaden für alle - inklusive Stadtgesellschaft“

Implementierung der Bedarfe an Inklusion in alle Bereiche des städtischen Lebens (Bauen, Planung, Verkehr, Bildung ...)

Im September 2020 wurde im Sozialausschuss eine umfangreiche Auflistung aller Akteure im Bereich der Behindertenvertretung vorgestellt und im Juni 2021 wurde ein Leitbild „Inklusive Stadtgesellschaft“ anfänglich entworfen, das dazu beitragen soll, die Belange behinderter Menschen in alle Bereiche des öffentlichen Lebens der Stadt entsprechend den rechtlichen Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention zu implementieren. Dabei wurde deutlich, dass zurzeit in vielen Bereichen diese Aufgaben nur unzureichend umgesetzt werden können und strukturell neue Wege gesucht werden müssen, um den Herausforderungen gerecht zu werden.

Wie sind die nächsten Schritte zur Umsetzung neuer Wege zu einer inklusiven Stadtgesellschaft?
Wer in der Stadt trägt die Verantwortung für diese Aufgaben?
Wer steht für den AK als Ansprechpartner zur Verfügung?

Protokollnotiz Nr. 0078

Die mündlichen Ausführungen von Frau Leß (AL 51) werden zur Kenntnis genommen:

Nach der Beschlussfassung zur Inklusiven Stadtgesellschaft hat die zuständige Fachabteilung mit der Abteilung Grundsatz und Planung verschiedene Themenbereiche zusammengestellt, wo etwas zu bearbeiten ist. Die Verwaltung prüft nun innerhalb aller betroffenen Ämter wie weiter vorgegangen und das entsprechende Leitbild weiterentwickelt werden kann.

Als ein nächster Schritt soll zu einem weiteren Termin eingeladen werden, wo mit allen betroffenen Ämtern der Stadtverwaltung erörtert werden soll, inwieweit Betroffenen eine Teilhabe am Stadtgeschehen ermöglicht werden kann und wo es Nachbesserungsbedarf gibt.

Das Thema Inklusive Stadtgesellschaft berühre nicht nur die Ämter mit sozialen Schwerpunkten, sondern auch die Bereiche Verkehr/ESWE und der Komplex Bauen. Somit sei die Förderung einer Inklusiven Stadtgesellschaft als eine Querschnittsaufgabe der Stadtverwaltung anzusehen.

Frau Leß berichtet von einem Termin mit dem Büro des Oberbürgermeisters. Das Büro signalisierte ein großes Interesse am Thema Inklusion und wird in seinem zuständigen Bereich der Bürgerbeteiligung einen Beitrag leisten.

Frau Knobloch bekräftigt, dass der Sozialbereich ein Teil unter vielen sei, um eine inklusive Stadtgesellschaft zu fördern und begrüßt den Ansatz der Verwaltung, die Thematik als eine Querschnittsaufgabe anzugehen. Sie berichtet von positiven Eindrücken von einem Termin mit dem Amt für Soziale Arbeit zum Projekt „Wiesbaden für alle - inklusive Stadtgesellschaft“.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .07.2022

Rutten
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .07.2022

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .07.2022

Dezernate I bis VI
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Mende
Oberbürgermeister